

Matthias Machnig/Joachim Raschke (Hg.)

# Wohin steuert Deutschland?

Bundestagswahl 2009  
Ein Blick hinter die Kulissen

| Hoffmann und Campe |

1. Auflage 2009  
Copyright © 2009 by  
Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg  
[www.hoca.de](http://www.hoca.de)  
Satz: atelier eilenberger, Leipzig  
Gesetzt aus der Minion Pro und der Univers  
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck  
Printed in Germany  
ISBN 978-3-455-50113-1

  
**HOFFMANN  
UNDCAMPE**

Ein Unternehmen der  
GANSKE VERLAGSGRUPPE

# Inhalt

## EINLEITUNG

**Matthias Machnig/Joachim Raschke** Richtungs- oder  
Regierungswahl? Strategische Ausgangsbedingungen  
der Bundestagswahl 2009 11

## FÜHRUNG

**Gerd Langguth** Das Machtprinzip der Angela Merkel 29

**Tissy Bruns** Einer muss beginnen – Steinmeier  
und Müntefering 40

**Jens König** Der Chef und sein Anwalt – Lafontaine und Gysi 47

**Ulrike Herrmann** Tandem wider Willen – Künast und Trittin 54

## STRATEGIE

**Christoph Schwennicke** Verändert die Politik die Krise  
oder die Krise die Politik? 63

**Gabor Steingart** Politik mit Volk. Die Selbsterneuerung der  
Demokratie oder Sieben Lehren aus dem amerikanischen  
Wahlkampf 2008 71

**Warnfried Dettling** Offene Strategiefragen von CDU/CSU 79

**Manfred Bissinger** Der Kampf um die politische Mitte  
oder Wie die Sozialdemokraten ihre Zukunft  
meistern könnten 87

- Hans Vorländer** Das strategische Dilemma der FDP 94  
**Brigitte Fehrle** Im Vorhof der Macht – Planspiele der Linken 99

### REFORM

- Richard Hilmer** Die politische Dynamik der  
Gerechtigkeitsfrage 109  
**Dieter Rulff** Der trügerische Traum planbarer Prosperität 122  
**Wolfgang Schroeder** Reform, Sozialstaat und  
Parteienwettbewerb 135  
**Berthold Huber** Reform und Gewerkschaftsmacht 143  
**Werner Schnappauf** Reformen und Wirtschaft 153  
**Birger P. Priddat** Reformen brauchen Leitbilder 161

### PROGRAMME

- Jürgen Rüttgers** Die Gesellschaft zusammenhalten –  
Solidarität und neue Sicherheit 173  
**Andrea Nahles** Neues Programm – neue Perspektiven 182  
**Wolfgang Gerhardt** Zwischen Markt und Gerechtigkeit 190  
**Gregor Gysi** Zwischen Real- und Oppositionspolitik 199  
**Reinhard Bütikofer** Für einen Green New Deal 207

### PARTEIEN

- Elmar Wiesendahl** Sehnsucht nach der bürgerlichen Mehrheit.  
Die Union unter Merkel im Wahljahr 2009 217  
**Gerd Mielke** Endspurt mit schweren Beinen.  
Zur innerparteilichen Lage der SPD 229  
**Gero Neugebauer** Die Linke – Auf dem Weg zu unbekanntem  
Ufern oder Die vertagte Klärung 243

- Jürgen Dittberner** FDP – Einmannpartei im  
bürgerlichen Lager 250

- Lothar Probst** Wie strategiefähig sind Bündnis 90/Die Grünen  
im Superwahljahr 2009? 258

### BÜNDNISFRAGEN

- Oskar Niedermayer** Wahrscheinliche und unwahrscheinliche  
Koalitionen 267  
**Matthias Jung** Koalitionswunsch und Lagermentalität 280  
**Frank Bsirske** Die neue Unübersichtlichkeit – Gewerkschaften  
und neues Parteiensystem 290

### KOMMUNIKATION

- Michael H. Spreng** Frischzellenkur – unsere Demokratie braucht  
Erneuerung 301  
**Jörg Schönenborn** Demoskopie in der beschleunigten  
Stimmungsdemokratie 308  
**Richard Meng** Aus der Spur – Politische Kommunikation  
muss authentisch sein 323

### SCHLUSS

- Matthias Machnig/Joachim Raschke** Wahlen im Schatten der  
Krise 341  
**Die Autoren** 344  
**Die Herausgeber** 352

## Wie strategiefähig sind Bündnis 90/ Die Grünen im Superwahljahr 2009?

Organisatorisch, so scheint es, sind die Grünen im Superwahljahr 2009 besser aufgestellt denn je. Die grüne Partei hat in den letzten Jahren unter Leitung der politischen Geschäftsführerin Steffi Lemke systematisch in die Professionalisierung ihrer Strukturen investiert und ihre Kampagnenfähigkeit verbessert. Bereits 2002 und 2005 wurde der operative Bereich der Wahlkampfleitung zentralisiert, sodass nur ein kleiner Kreis von Personen durchgängig alle wichtigen wahlkampfrelevanten Entscheidungen getroffen hat. Nicht nur die Zusammenarbeit mit externen Kreativagenturen und Meinungsforschungsinstituten ist inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden, vielmehr wurden seit 2002 auch in der Parteizentrale entscheidende Schritte unternommen, um die Kommunikationsfähigkeit nach innen und außen zu verbessern. Zum ersten Mal gibt es eine zentrale Mitgliederverwaltung und die Möglichkeit, die Mitglieder über E-Mail schnell mit Informationen zu versorgen. Wie aber ist es jenseits der organisatorischen Managementkompetenzen um die Strategiefähigkeit der Grünen im Superwahljahr 2009 bestellt?

### *Vom Machtvakuum zu einem neuen strategischen Zentrum in der Post-Fischer-Ära?*

Noch im Wahlkampf 1998, als eine Regierungsbeteiligung der Grünen auf Bundesebene in greifbare Nähe rückte, wirkten mehrere Zentren in der Partei neben- und gegeneinander. Joschka Fischer, der sich schon damals als »informeller Spitzenkandidat« fühlte, zog aus dieser Situation seine Schlussfolgerungen und organisierte einen eigenen Parallelwahlkampf, der die Bundespartei umging. Erst als Bundesaußenminister in der rot-grünen Regierung konnte Fischer aufgrund seiner Popularität die Partei so weit hinter sich versammeln, dass sie ihn 2002 zum unangefochtenen Spitzenkandidaten kürte – und das trotz formaler Fortexistenz von Quo-

terung und Doppelspitze. Dennoch kam der Umbau der Partei im Sinne der Schaffung eines – auf ihn zugeschnittenen – strategischen Zentrums nur zäh voran. Das zeigte sich daran, dass die von Fischer mehrfach propagierte Strukturreform, die auf eine Verschlankeung von Führungsgremien mit nur einem oder einer Vorsitzenden und eine Erhöhung der Schlagkraft der Partei zielte, auf mehreren Parteitagungen abgeschmettert wurde beziehungsweise nur im Schnecken-tempo vorankam. Erst nach dem Erfolg bei der Bundeswahl 2002 bildete sich an der Spitze von Partei und Fraktion ein Machtzentrum heraus, das zwar strömungspolitisch und personell durchaus heterogen war, aber nunmehr nicht mehr in erster Linie gegeneinander, sondern miteinander agierte. Reinhard Bütikofer und Claudia Roth als neues Führungsteam in der Parteizentrale entwickelten eine Arbeitsteilung, die verhinderte, dass man einander zu sehr in die Quere kam; Krista Sager und Kathrin Göring-Eckhardt sorgten dafür, dass die Fraktion in der zweiten Legislaturperiode von Rot-Grün weitgehend reibungslos die Regierungspolitik unterstützte; und auf Regierungsebene vermittelte die Trias aus den Ministern Fischer, Künast und Trittin den Eindruck von trauter Eintracht. De facto wurde dieses Machtzentrum durch die unangefochtene Autorität von Fischer zusammengehalten, der im Zweifelsfall die Richtung vorgab. Die gut austarierte Machtbalance an der Spitze der Partei trug in dieser Phase maßgeblich dazu bei, dass grüne Parteitage nach außen ein Bild der Geschlossenheit abgaben und sich zwischen 2002 und 2005 wieder Wahlerfolge bei mehreren Landtagswahlen einstellten.

Der Ausgang der Bundestagswahl 2005 und der Rückzug von Fischer aus der grünen Politik läuteten das Ende dieser Konstellation ein. Ohne seine Autorität zerfiel die seit 2002 mühsam errichtete Einheit, und an der Spitze der Partei entstand ein Machtvakuum. Im Kampf um seine Nachfolge brachen alte Richtungs- und Strömungskonflikte sowie personelle Konkurrenzen wieder verstärkt auf – am deutlichsten sichtbar in der Rivalität zwischen Renate Künast und Jürgen Trittin, die sich beide anschickten, das Erbe von Fischer anzutreten. Von einem strategischen Zentrum mit Richtungs- und Führungskompetenz waren die Grünen zwischen 2005 und 2008 jedenfalls weit entfernt. Die unklaren Machtverhältnisse an der Spitze der Partei und das Bedürfnis der Basis, sich von den Entscheidungen der rot-grünen Regierungsjahre in Fragen der Sozial- sowie Außen- und Sicherheitspolitik zu distanzieren, wurden von politischen Beobachtern als »Linksverschiebung« interpretiert und stürzten die Grünen mehrfach in eine Formkrise. Am deutlichsten wurde dies auf ihrem Afghanistan-Sonderparteitag im September 2007 in Göttingen, als die Basis den Leitantrag

der Parteiführung, der von allen relevanten Spitzenakteuren der Grünen unterzeichnet worden war, durchfallen ließ. Einmal mehr wurde in dieser Zeit ein neues Grundmuster in der Konfliktstruktur der Grünen erkennbar: Während Strömungskonflikte moderat und durch Kompromisse innerhalb der Parteielite ausgetragen wurden, nahmen Konflikte zwischen Parteispitze und Parteibasis zu. Dazu trug auch das mangelhafte Konfliktmanagement von oben bei. Schon im Vorfeld des Sonderparteitags war deutlich geworden, dass nicht alle Spitzenpolitiker geschlossen hinter dem Leitanspruch standen und zu taktieren versuchten, um sich persönliche Vorteile im Kampf um die Führungsrolle zu verschaffen.

Das Debakel des Göttinger Parteitags wirkte gleichwohl wie ein heilsamer Schock. In einer konzertierten Aktion arbeiteten Partei- und Fraktionsvorstand sowie der Parteirat nun gemeinsam daran, den Eindruck zu zerstreuen, dass die Grünen zerstritten und nicht handlungsfähig seien. Ein Meilenstein in dieser Hinsicht war die Bildung einer schwarz-grünen Koalition in Hamburg, die innerparteilich kaum auf größere Widerstände stieß und zugleich den öffentlichen Eindruck einer Linksverschiebung der Grünen relativierte. Mit ihrer bewussten Entscheidung für diese Koalition wie auch mit dem anschließenden Versuch, sich an der Etablierung einer Minderheitsregierung in Hessen zu beteiligen, sollte deutlich gemacht werden, dass die Grünen gewillt sind, die sich bietenden Chancen zur Rückkehr in Regierungsbeteiligungen zu nutzen – selbst wenn dabei gewohnte Pfade verlassen werden müssen. Im Kontext dieser Entscheidungen hat sich übrigens gezeigt, dass in Zukunft Mitglieder der mittleren und jüngeren Generation wie Anja Hajduk oder Tarek Al-Wazir die weitere Entwicklung der Grünen stärker prägen werden als bisher.

Auch im Hinblick auf die Spitzenkandidatur setzte Anfang 2008 ein Klärungsprozess in der Parteispitze ein, der mit der salomonischen Entscheidung endete, dass Renate Künast und Jürgen Trittin gemeinsam als Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl antreten sollen. Unter den gegebenen Umständen war diese Entscheidung alternativlos, weil weder Renate Künast noch Jürgen Trittin in der Partei über die Autorität verfügten, ihren jeweiligen Machtanspruch auf eine alleinige Spitzenkandidatur durchzusetzen. Renate Künast brachte diese Alternativlosigkeit auf den Punkt, als sie in einem Interview mit dem *Tagesspiegel* sagte: »Die Doppelspitze ist bei den Grünen ein bewährtes Format, und es war weise, die Partei nicht ein Jahr lang damit zu beschäftigen, sich zwischen zwei möglichen Spitzenkandidaten zu entscheiden, die sich auch inhaltlich sehr nah sind. Das hätte uns nur geschadet.« Dass auch der grünen Partei die Alternativlosigkeit

dieser Konstellation bewusst war, drückte sich in der 90-prozentigen Zustimmung für die Doppelspitze auf dem Nominierungsparteitag im November 2008 in Erfurt aus – ein sicheres Zeichen, dass mit dieser Entscheidung auch potenzielle Strömungskonflikte neutralisiert werden konnten.

Da die Grünen mit Blick auf die Bundestagswahl keinen offensiven Koalitionswahlkampf werden führen können, könnte sich die Doppelspitze sogar als Vorteil erweisen. Solange sich das Spitzenduo nicht auseinanderdividieren lässt, bietet diese Konstellation die Möglichkeit der Eigenprofilierung der beiden Kandidaten in unterschiedlichen Milieus, wobei Jürgen Trittin eher links der Mitte Wähler ansprechen kann und Renate Künast auf das kritische grüne Bürgertum zugehen wird. Ob die beiden Spitzenkandidaten den Takt für die Richtungsbestimmung im Bundestagswahlkampf werden vorgeben können, liegt allerdings nicht allein in ihrer Hand. Die Frage ist, wie sich der neue Parteivorsitzende Cem Özdemir in die jetzige Machtstruktur an der Spitze einfügen wird. Seine Wahl ist einerseits ein deutliches Signal in Richtung der jüngeren Wählerschaft, andererseits fällt sie in eine Zeit, in der der Prozess der bündnispolitischen Neujustierung noch nicht abgeschlossen ist. Dass Özdemir in dieser Hinsicht durchaus eigene Akzente setzen will, hat er schon deutlich gemacht. Dennoch scheint sich die grüne Spitze rechtzeitig zum Superwahljahr wieder zusammengerauft zu haben, um die Partei geschlossen in die anstehenden Wahlkämpfe zu führen. Zumindest hatte sie auf den letzten Parteitagen das Heft des Handelns wieder in der Hand. Ob das gegenwärtige Machtzentrum auch über die Führungsqualitäten eines strategischen Zentrums verfügt, ist noch eine offene Frage. Sie wird sich daran entscheiden, ob die Spitzenakteure mit Blick auf die Bundestagswahl zu einer gemeinsamen Richtungsbestimmung fähig sind und die Partei von dieser überzeugen können.

#### *Machtpolitische Optionen und die Trias aus Ökologie, Gerechtigkeit und Freiheit*

Der spezifische Platz, den eine Partei in einem Parteiensystem einnimmt, ist in der Regel mit bestimmten wertbasierten Leitideen verknüpft, die in der Politik eine regulative Orientierung entfalten. Das ökologische Paradigma weist den Grünen diesen spezifischen Platz zu, aber es muss mit anderen regulativen Leitideen verbunden werden – einerseits, um den geschichteten Wertepreferenzen, die es auch in der grünen Wählerschaft gibt, gerecht zu werden, andererseits, um Bündnisse mit anderen politischen Lagern zu ermöglichen. Richtungsbestimmung muss sich also, wie Joachim Raschke und Ralf Tils argumentieren, durch die Verbindung von grundle-

genden Wertorientierungen mit machtpolitischen Optionen auszeichnen. 2002 war die Situation für die Grünen in dieser Hinsicht einfach: Sie konnten »als Regierungspartei einen Regierungswahlkampf mit einer Regierungsoption« (Roberto Heinrich) führen. Bereits 2005 war diese eindeutige Richtungsbestimmung aufgrund des eigenständigen Wahlkampfes der SPD aber brüchig geworden. Die gezielte Zweitstimmenkampagne für Joschka Fischer war zu diesem Zeitpunkt eher ein Hilfskonstrukt, weil eine rot-grüne Machtperspektive de facto obsolet geworden war. Dennoch wirkte sie mobilisierend, was daran lag, dass es im Lager der rot-grünen Wähler immer noch den Wunsch nach einer Fortsetzung der Koalition aus SPD und Grünen gab. Bei der Bundestagswahl 2009 kann man mit diesem Hilfskonstrukt nicht noch einmal auf Stimmenfang gehen. Angesichts der veränderten bündnispolitischen Konstellationen im nationalen Fünf-Parteien-System stehen die Grünen vor der Frage, ob und wenn wie sie ihren Wählern glaubhaft machen können, dass es eine realistische Option gibt, an der Regierungsbildung mitzuwirken. Ein reiner Oppositionswahlkampf würde besonders die ökologisch und sozial orientierten Mittelschichten aus dem kritischen Bürgertum nicht wirklich mobilisieren, da diese ihr Votum für die inhaltlichen Ziele der Grünen mit der Erwartung verbinden, dass sich dadurch auch Gestaltungsoptionen im Rahmen von Regierungsbeteiligungen eröffnen. Dass die Grünen gewillt sind, die sich eventuell bietenden Möglichkeiten zur Regierungsbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 auch zu nutzen, haben die beiden Spitzenkandidaten mehrfach öffentlich bekundet. Das Problem besteht darin, wie man unter den veränderten Bedingungen des Parteienwettbewerbs die eigene Wertebasis für neue Mehrheiten jenseits der traditionellen Lager öffnet und dies der Parteibasis vermittelt.

In der Präambel des Wahlprogramms von 2002 wurde die Verknüpfung grüner Leitideen mit der rot-grünen Machtperspektive noch durch die Trias aus ökologischer Modernisierung, sozialer und wirtschaftlicher Erneuerung sowie gesellschaftlicher Demokratisierung ausgewiesen. Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2005 findet sich eine interessante Akzentverschiebung. »Freiheit braucht Teilhabe und Gerechtigkeit«, steht ganz am Anfang der Präambel, und weiterhin heißt es: »GRÜNE Politik zielt auf Freiheit und Selbstbestimmung« – eine Formulierung, die dem neuen Grundsatzprogramm von 2002 entnommen wurde. Zum ersten Mal definierten die Grünen damit in einem Wahlprogramm Freiheit explizit als Ziel ihrer Politik. Während diese Akzentverschiebung 2005 keine größeren Diskussionen in der grünen Partei auslöste, stößt der Versuch der beiden grünen Spitzenkandidaten, die Trias aus Ökologie, Gerechtigkeit

und Freiheit zur regulativen Leitformel im Bundestagswahlkampf 2009 zu machen, dieses Mal parteiintern auf größere Widerstände. Die Abwehrreaktionen dürften vor allem darauf zurückzuführen sein, dass man dahinter die Öffnung für neue machtpolitische Optionen in Richtung FDP und Union vermutet – was nicht ganz unbegründet erscheint. Zugleich rückt der Begriff »Freiheit« angesichts solcher Optionen stärker ins Zentrum der innerparteilichen Diskussion. Und im Unterschied zum unverfänglicheren Begriff »gesellschaftliche Demokratisierung« mobilisiert er mentale Reserven, weil »Freiheit« im parteiinternen Diskurs immer noch in erster Linie mit wirtschaftsliberalen oder konservativen Positionen assoziiert wird. Die vorsichtige Art und Weise, in der die Parteispitze versucht, den Freiheitsbegriff als eine Leitidee neben Ökologie und Gerechtigkeit programmatisch stärker zu verankern, zeigt, dass man sich der Widerstände in der Partei bewusst ist. So trägt die Frankfurter Erklärung, verabschiedet auf der Klausurtagung der grünen Bundestagsfraktion im Januar 2009, folgende Überschrift: »Grün 2009. Klima und Arbeit – Gerechtigkeit und Freiheit«. Substantielle Ausführungen dazu, was mit Freiheit aus grüner Sicht gemeint ist, sucht man darin allerdings vergeblich. Ganz am Ende der Erklärung gibt es lediglich einen kurzen Absatz, in dem unter der Überschrift »Freiheit statt Angst« das Grundrecht auf Privatheit angesichts der Überwachungs- und Datenskandale verteidigt wird. Daher fragt man sich, welchen Stellenwert Freiheit als regulative Leitidee bei den Grünen tatsächlich hat. Die Verteidigung der Privatsphäre des Einzelnen gegenüber den Zugriffen des Staates und der Überwachungsmanie von Unternehmen ist sicherlich ein berechtigtes Anliegen, mit dem die Grünen ihre Tradition als Bürgerrechtspartei schärfen können; dennoch lässt sich mit einem derart »dünnen« Freiheitsbegriff, wie er in der Frankfurter Erklärung aufscheint, kaum der Boden für neue machtpolitische Optionen bereiten. Die Frage wird deshalb sein, ob es den grünen Spitzenakteuren mit der richtigen Dosierung gelingt, die mentalen Reserven in der Partei gegenüber einem politisch fundierten Freiheitsbegriff aufzubrechen und damit den Grünen als ökologischer Freiheits- und Gerechtigkeitspartei neue Perspektiven zu eröffnen. Wenn man sich nicht durch permanente Abgrenzung von FDP und CDU in eine machtpolitische Sackgasse manövrieren will, dann müssen die Grünen einen Freiheitsbegriff entwickeln, der Anschlussmöglichkeiten auch an wirtschaftsliberale und konservative Freiheitskonzeptionen ermöglicht und zugleich eine eigene politische essentielle Vorstellung von Freiheit untermauert. Bisher hat die Partei es jedenfalls versäumt, das politische Versprechen der Freiheit, wie es sich

historisch in der Französischen und Amerikanischen Revolution Bahn gebrochen hat, in das eigene Selbstverständnis zu integrieren.

Gleichwohl dürfte es der Parteispitze so oder so schwerfallen, die Partei von einem politischen Bündnis mit CDU und FPD zu überzeugen. Eine *Jamaika-Koalition* auf Bundesebene wäre de facto eine Vier-Parteien-Koalition aus CDU, CSU, FDP und Grünen, in der die Grünen zwischen drei Parteien eingeklemmt wären, die auf der Policy-Ebene über einen Grundbestand an Gemeinsamkeiten verfügen. Insbesondere in den für die Grünen elementaren Politikfeldern Innere Sicherheit sowie Zuwanderungspolitik und Atomausstieg wäre das Konfliktpotenzial in einer solchen Koalition außerordentlich groß. In einer *Linkskoalition* aus SPD, Linken und Grünen würden die Grünen wiederum entweder nur der »grünen« Appendix von zwei etatistisch orientierten Sozialstaatsparteien sein, oder sie müssten, um dem Etatismus der beiden Koalitionspartner etwas entgegenzusetzen, ein Stück weit in die undankbare Rolle einer »grünen FDP« schlüpfen und damit jenen Teil ihrer Wählerschaft verprellen, für den soziale Gerechtigkeit ein hohes Gut ist. Hinzu kommt, dass die außen- und europapolitischen Positionen der Linken selbst für den linken Flügel der Grünen nicht akzeptabel sind. Blicke schließlich die *Ampel-Koalition*, die deshalb einen realistischen Kern hat, weil auch der SPD außer der Fortsetzung der Großen Koalition de facto keine andere Alternative zur Verfügung steht. Aber auch in dieser Konstellation gehen die Grünen Risiken ein und würden einen hohen Preis zahlen. Um die FDP zum »Lagerverrat« zu bewegen, müssten SPD und Grüne Guido Westerwelle das Amt des Außenministers und Vizekanzlers andienen sowie der FDP auf der Policy-Ebene erhebliche Zugeständnisse in der Steuer- und Wirtschaftspolitik machen – und das angesichts vollständig konträrer Positionen bei der Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Optionen für einen offensiven Koalitionswahlkampf sind also verstellt. Man hat sich deshalb für eine Art Verhinderungswahlkampf entschieden: Schwarz-Gelb und die Fortführung der Großen Koalition sollen vereitelt werden. Tatsächlich bleibt den Grünen kaum eine andere Alternative, als an ihrer Eigenprofilierung zu arbeiten, ohne eine der möglichen Koalitionsoptionen völlig auszuschließen. Wenn man im Wettbewerb der kleinen Parteien die stärkste Partei bei der nächsten Bundestagswahl werden will, wird es vor allem darum gehen, mit Hilfe des grünen Markenkerns »Ökologie« nicht nur die Stammwähler zu umwerben, sondern diesen Markenkern so mit anderen Kompetenzfeldern (Bildung, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Steuer- und Finanzpolitik) zu verknüpfen, dass neue Wähler hinzugewonnen werden können.

# BÜNDNISFRAGEN